Grüne Politik in Bretten STADTENTWICKLUNG

Innenstadt Ostring

Das "Einstiegsprojekt" für die erste grüne Fraktion

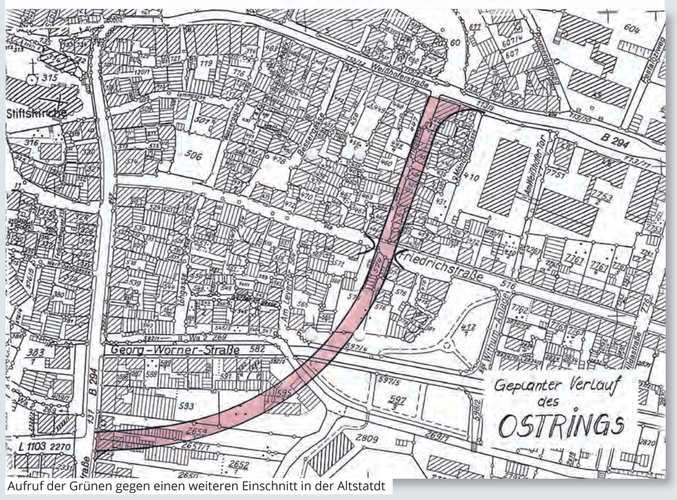
DIE GRÜNEN BRETTEN

STOPPT DEN OSTRING !!!!!!!!!!

Gründe und Argumente, warum "DIE GRÜNEN" den Weiterbau des INNERSTÄDTISCHEN RINGS entschieden ablehnen

"Von dem Geist der Bürgerschaft, ihrer freudigen Mitarbeit und ihrem tätigen Heimatsinn wird es abhängen, ob die Stadt ihre charakteristische Eigenart auch in unserem technischen Zeitalter unversehrt bewahren und damit nicht nur an Ausdehnung und Wohlstand gewinnen, sondern ihren Bürgern Heimat bleiben kann, deren Wohl sie sich besonders verpflichtet fühlt."

Geleitwort von Oberbürgermeister Alfred Leicht anläßlich der 1200-Jahrfeier der Stadt Bretten



Aufruf der Grünen gegen einen weiteren Einschnitt in der Altstadt

Gewerbegebiet Gölshausen (Rüdtwald)

Die Stadt Bretten plante in den frühen 2000er Jahren ein neues Gewerbegebiet am Rand von Gölshausen. Dafür mussten 20 ha des Rüdtwalds gerodet werden. Nicht nur die Grünen waren dagegen:

Arbeitsplätze gemeinsam schaffen - den Rüdtwald schonen !

FAQs - frequently asked questions - oder warum ausgerechnet der Rüdtwald fallen soll:

Warum ist die Stadt absolut wild entschlossen, Industriefläche im Rüdtwald zu erschließen ?
Nur eine Erschließung im Rüdtwald bringt der Stadt maximalen Gewinn, weil die Flächen Gemeindeeigentum sind.

Warum braucht die Stadt auf Biegen und Brechen Geld ?
Die Stadt Bretten hat in Gondelsheim von Graf Douglas landwirtschaftliche Fläche für 7,9 Mio Euro gekauft - vollständig auf Kredit und außerhalb des Haushalts finanziert . Diese Finanzierung ist nach geltendem Haushaltsrecht noch 4 Jahre möglich, dann tritt der finanzielle Supergau ein, wenn die Schulden in den Haushalt eingestellt werden müssen.

Warum dieser Flächenkauf in Gondelsheim ?
Angeblich, um die Umgehung Gölshausen zu ermöglichen, indem den betroffenen Landwirten Ersatzflächen angeboten wurden. Aber: Dies ist eine schön gestrickte Legende - noch nie haben Belange der Landwirtschaft irgendwo einen Straßenbau verhindert. Die wahren Gründe liegen im Dunkeln.

Gab es Standortalternativen für die Industrieansiedlung in Bretten ?
Die Standorte Schwarzerdhof und Diedelsheimer Dreieck wurden ebenfalls untersucht und wären erheblich umweltverträglicher gewesen - hätten aber weniger Geld eingebracht. Das entsprechende Umwelt-Gutachten wurde monatelang von der Stadt zurückgehalten, um die Bürgerinnen und Bürger besser beeinflussen zu können.

Auszug aus dem Positionspapier der Brettener Grünen zum geplanten Gewerbegebiet

13.09.03 und 20.09.03 Stand der Initiative Rüdtwald auf dem Brettener Marktplatz. Schauen Sie vorbei. Leisten Sie Ihre Unterschrift gegen die Abholzung des Rüdtwaldes.

16.09.03 Demonstration und Kundgebung der Initiative Rüdtwald. Treffpunkt um 17 Uhr am Kreisel Hohkreuzstrasse. Dann gemeinsamer Marsch zum Rathaus Bretten. Dort Abschlusskundgebung gegen 18 Uhr. Hier kommt es auf jeden an, mobilisiert alles was laufen kann. Die wichtigste Veranstaltung auf kommunalpolitischem Bereich, die es in Bretten je gab.

Grüne bleiben beim Rüdtwald hart:

Erneut Gewerbeansiedlung klare Absage erteilt

Bretten. Die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen trafen sich Anfang der Woche, um nach den Veränderungen durch die Kommunalwahl die Vorstandschaft neu zu wählen. Die neu in den Gemeinderat eingezogenen Mandatsträger Monika Michel-Wittig und Otto Mansdörfer legten ihre Vorstandsämter nieder, „nicht weil wir das aufgrund irgendwelcher Regularien müssten, sondern weil sich die personelle Trennung von Fraktionsspitze und Ortsverband seit 20 Jahren bewährt hat", wie Noch-Vorsitzender Otto Mansdörfer in seinem Arbeitsbericht darlegte.

Mansdörfer ließ die Ereignisse der letzten eineinhalb Jahre Revue passieren, die vor allem durch den Kampf um den Rüdtwald und die Vorbereitungen zur Kommunalwahl geprägt waren. „Es ist schade, dass die Initiative Rüdtwald am Schluss an Schlagkraft verloren hat, weil Bund und Bürgerarbeitskreis sich nicht durchringen konnten, den normalen Weg des Bürgerbegehrens zu beschreiten, auch wenn der Ausgang offen war" resümierte der Grünen-Vorsitzende. Die letztlich erfolgte Übergabe der Unterschriften durch den Bund an den Landesforstpräsidenten habe leider keinerlei Rechtswirkung. Im Mai diesen Jahres konnte der Ortsverband dann sein 20-jähriges Gründungsjubiläum bei einem rundum gelungenen Fest im Bürgersaal feiern.

Durch Ablauf aller Amtszeiten stand eine komplette Neuwahl der Vorstandschaft an. Die Wahl ging ohne große Diskussionen über die Bühne, da das Interesse in der Vorstandsarbeit während des gemeinsamen Einsatzes im Kommunalwahlkampf gewachsen war. Die Mitglieder wollten die gleichberechtigte Vorstandsspitze wieder deutlicher unterstreichen und wählten Renate Pinhard zur Vorsitzenden (bisher Schriftführung), Rainer Ziegler wurde an der Spitze bestätigt, heißt aber jetzt schlicht Vorsitzender (bisher zweiter Vorsitzender). Die Schriftführung übernimmt Marianne Gruber (neu). Die Kasse wird wie bisher von Marion Günderth verwaltet. Als Beisitzer wurden Achim Heimberger und Susanne Lindacker neu gewählt. Letztere wird sich der Pressearbeit widmen. Im zweiten Teil der Versammlung beschlossen die Brettener Grünen ein Positionspapier zur demnächst anstehenden Rüdtwaldentscheidung im Gemeinderat.

Darin erteilen sie der Waldumwandlung eine klare Absage und betonen, die weitere Ansiedlung von Betrieben könne zukunftsweisend und langfristig nur im Verbund mit den übrigen Gemeinden des Mittelbereichs Bretten gemeinsam geleistet werden. Die Abholzung von 22 Hektar Wald schade der Lebensqualität Brettens und dem Naturhaushalt. „Der Eingriff ist weder zu Lebzeiten der jetzigen Brettener Bevölkerung ökologisch ausgleichbar, noch in irgendeiner Weise als Strategie wiederholbar", betonte Mansdörfer. Die speyrischen Äcker in Neibsheim könnten nur ein einziges Mal als rechnerische Ausgleichsfläche dienen. Nach Besiedlung der Neufläche im Wald sei die Stadt in jedem Fall gezwungen, einen neuen Weg in der Gewerbeansiedlung einzuschlagen.

Aus der Versammlung wurde das Papier noch ergänzt um die Forderung, die Stadt solle sich künftig stärker um die Ansiedlung von Betrieben aus der Wachstumsbranche der regenerativen Energietechnik bemühen. Das Papier kann bei den Vorstandsmitgliedern angefordert werden.

BNN, 25. November 2004

Die Initiative der Grünen in Bretten blieb leider erfolglos:

Auf Antrag der Stadt Bretten, die den Wald als Gewerbegebiet erschließen will, wurden 2006 die **Grenzen des Naturparks Stromberg-Heuchelberg** durch das Regierungspräsidium Stuttgart geändert, der Regionalplan durch den Regionalverband Mittlerer Oberrhein geändert und dem Antrag auf **Waldumwandlung** durch die Oberforstdirektion Freiburg zugestimmt. Eine Petition des Bürgerarbeitskreises Bretten und des BUND Bretten zur Rettung des Waldes, wurde vom Landtag Baden-Württemberg abgelehnt.

Inzwischen sind **20 ha Wald gerodet** und die Fläche teilweise mit Straßen und Entwässerungsleitungen erschlossen. Durch den starken Eingriff kam es bereits durch **Starkwinde** zu **Schäden am „neuen" Waldrand**. Im November 2008 hat der Tierfutterhersteller Deuerer aus Rinklingen das gesammte Gelände von 22 ha erworben.

Text: Stadtwiki Karlsruhe 2020

Stadtraumentwicklung

Die Grünen: Kein politischer Irrtum der Brettener Wähler

Erinnerung an Gründung vor 20 Jahren / Mit Ostring fing es an

Bretten (mh). Die Frage des Ostrings war das große Thema der Brettener Grünen bei ihrer ersten Gemeinderatswahl im Oktober 1984. Kurz zuvor, im August desselben Jahres, wurde der Brettener Ortsverband der Grünen ins Leben gerufen. Sein 20-jähriges Bestehen feierte der Ortsverband jetzt im Bürgersaal des Alten Rathauses. „Eine lange Zeit und dennoch sind wir bis heute die jüngste Parteigründung in Bretten geblieben", führte das langjährige Ratsmitglied Otto Mansdörfer aus.

Dennoch habe sich viel geändert. So hätten es die Amtsträger durch sachliche Arbeit geschafft, den Ruf los zu werden, sie seien Ergebnis eines politischen Irrtums der Brettener Wähler. Aber mit diesen Anfangsschwierigkeiten hatten die Grünen nicht nur in der Melanchthonstadt zu kämpfen. „Die Gesprächspartner waren immer positiv überrascht, dass das Gegenüber frisch gewaschen war und nicht roch", erinnert sich der Bundestagsabgeordnete Winfried Herrmann. Der Festredner schilderte die Situation, wie er zur ersten Plenarsitzung bärtig, mit langen Haaren, Jeans, weißen Clogs und der buntesten Flickenjacke, die er fand, erschienen ist.

Trotz aller Vorurteile schafften die Brettener Grünen bei ihrem ersten Versuch den Sprung in den Gemeinderat. Christel Doll-Gilli, Rolf Lang und Rolf Beier hießen die ersten Mandatsträger. Wobei sich vor allem letzterer einen glänzenden Namen als Antreiber, Koordinator und Organisator gemacht habe. „Der Anstoß zu eigenständiger politischer Arbeit erfolgte durch die Kreistagswahl", sagte Mansdörfer. Dies klappte, und bereits vor der eigentlichen Gründung zählte der Ortsverband elf Mitglieder. Umwelt- und Naturschutz prägten die Arbeit. Trinkwasser, die alten Müllkippen im Stadtgebiet und eine zu schaffende Umweltstelle waren die Themen auf der Gründungsversammlung in der Grünen-Traditionskneipe, der Sonne in Diedelsheim.

Im Wahlkampf sei dann ein weiteres Thema hinzugekommen, der Ostring. „Nachdem Engelsberg und Sporgasse gerade als furchtbare Wunden in die nördliche Altstadt geschlagen waren, formierte sich unter grüner Wortführerschaft der Widerstand gegen die vorgesehene Fortsetzung dieser Verkehrsschneise über die Pfluggasse bis zur Georg-Wörner-Straße", berichtete Mansdörfer. Und das mit Erfolg.

In den ganzen 20 Jahren hätten sich die Grünen nie als Generalopposition verstanden. „Wir wollen diese Stadt mitgestalten und mitprägen - mit guten Ideen und Vorschlägen. Unsere Perspektive ist langfristig, unsere Abwägungen schließen das Morgen und Übermorgen mit ein", betonte Mansdörfer.

GRÜNE DER ERSTEN STUNDE: Harald Müller (von links), Angelika Sell-Kamuf, Manfred Schleifer-Rangnow, Marianne Gruber, Gisela Lang, Rolf Lang, Manfred Hiller. Foto: mh

Der "Ostring", eine weitere "Wunde" in der Altstadt konnte verhindert werden.

Zweispuriger Ausbau der Wilhelmstraße?

Kritik bei Info-Veranstaltung der Grünen: Es fehlt in Bretten aktive Stadtplanung mit Blick auf die Zukunft

Von unserem Mitarbeiter Arnd Waidelich

Bretten. Einen neuen, frischen Blick auf die Stadt zu werfen, das erhoffte sich der Fraktionsvorsitzende der Brettener Grünen, Otto Mansdörfer, in seiner Begrüßung zu einem Vortrag von Frank Schneidereit. Sein Thema: „Eine sinnvolle Stadtentwicklung ist möglich". Er hatte es nicht mit einem Fragezeichen versehen. Ein Ausrufezeichen stand vielmehr am Ende der Veranstaltung im Saal des alten Rathauses.

Der Architekt, der in den vergangenen Monaten viele Ideen im Rahmen des ISEK-Prozesses einbrachte, hatte sich mit der Kamera auf den Weg durch die Stadt gemacht und Station an den Stellen gemacht, die ihm veränderungswürdig und sanierungsbedürftig erschienen. Genau die stellte er den rund 20 Besuchern vor. Eine zentrale Rolle spielte für ihn dabei nicht nur das Mellert-Fibron Gelände oder die Sporgasse. Den ersten Blick warf er auf den erbarmungswürdigen Zustand des Bahnhofs. Eine positive Wende könne nur eine bauliche Veränderung bringen, nicht des Bahnhofs selbst allerdings, sondern des Areals zwischen Jugendmusikschule und Bahnhof. Eine Bebauung des Parkplatzes würde in den Bahnhof Frequenz und Leben bringen, meinte Schneidereit.

B 35 und Areal beim Bahnhof im Fokus

Am Thema B 35 kam er selbstverständlich ebenfalls nicht vorbei und setzte zu den gegenwärtig diskutierten Umgehungstrassen einen starken Kontrapunkt. „Vielleicht haben wir die Lösung in der Stadt?" fragte er provokativ und schlug einen zweispurigen Ausbau der B 294 im Bereich der Wilhelmstraße vor. Der würde künftige Entwicklungsmöglichkeiten am Rand der Stadt nicht verhindern und gewaltige Bauwerk im Bereich der Bahn unnötig machen.

Auf dem Mellert-Fibron-Gelände sei mit den letzten Entscheidungen der Zug für eine Bebauung abgefahren, die Leben ins Quartier bringen könne, meinte Schneidereit und plädierte immer wieder für eine aktive Stadtplanung „mit Blick in die Zukunft". Daran hapere es derzeit in Bretten. Man solle die Bürger mehr einbinden und die Stadt gemeinsam entwickeln. Die Stadtverwaltung und der Gemeinderat lasse sich viel zu sehr von den Interessen von Investoren beeinflussen.

Als ob er die Büchse der Pandora mit dieser Bemerkung geöffnet hätte, stürzten sich die fünf anwesenden Gemeinderäte auf diese These. „Pfeffersäcke, Gewerbe, Gewerbe" stehe bei den Entscheidungen des Gemeinderats immer im Vordergrund, wählte Hermann Fülberth drastische Formulierungen. Man solle doch endlich mal den Spieß umdrehen, Visionen entwickeln und nicht Dollarmentalität an den Tag legen. Zuerst müsse der Städtebau kommen dann die Investoren, meinte auch Otto Mansdörfer: Bei Mellert-Fibron sei genau das Gegenteil passiert.

Selbst Bürgermeister Michael Nöltner, der sich zuvor schon an mehreren anderen Stellen engagiert in die Diskussion eingemischt hatte, mochte da nicht nur nicht widersprechen, sondern sah die Stadtplaner im Brettener Rathaus nicht in der Lage, „so ein Konzept hinzukriegen." Harald Müller wünschte sich im Rathaus einen Stadtplaner, der mit der Schneidereit'schen Grundhaltung an die Arbeit ginge und unkte: „Vielleicht kriegen wir bald so einen wie sie".

Der grüne Gemeinderat räumte aber ein, dass man sich an der Stelle beispielsweise durch die Diakonie unter Handlungsdruck hätte setzen lassen.

Genau das solle man künftig vermeiden und sich die Zeit für reife Entscheidungen lassen, nahm seine Fraktionskollegin Ute Kratzmeier als Lehre aus der Veranstaltung für sich mit und den Wunsch nach einem Städteleitbild.

FRISCHE IDEEN FÜR NEURALGISCHE PUNKTE präsentierte der Architekt Frank Schneidereit bei einer Infoveranstaltung der Brettener Grünen zur Stadtentwicklung. Foto: Waidelich

BreWo, 2. Okt. 2016

BreWo, 5. Sept. 2016

Flächenverbrauch

„Ausbau vor Neubau"

Staatssekretärin Gisela Splett sprach bei Grünen über nachhaltige Flächennutzung

Bretten (mk). „Was ist Innenentwicklung?", fragte Otto Mansdörfer bei der Diskussionsveranstaltung der Brettener Grünen und gab auch gleich seine Definition: „Innenentwicklung ist die Nutzung von vorhandenen oder gewinnbaren Bauflächenreserven innerhalb des bestehenden Stadtgebiets."

Der Grünen-Ortsverein hatte ins alte Rathaus eingeladen, um dort mit Staatssekretärin Gisela Splett (Bündnis 90/Die Grünen) über ein „Umdenken beim Flächenverbrauch" zu diskutieren. Die grüßt und gefördert. Auch die Landesregierung selbst habe sich die Flächenschonung auf die Fahnen geschrieben. Etwa beim Straßenbau gelte der Grundsatz: „Erhalt geht vor Ausbau; Ausbau vor Neubau".

In diesem Zusammenhang hatte Gisela Splett den Brettenern noch eine frohe Botschaft zu verkünden: Die lange angestrebte Herabstufung der B 294 zur L 1103 soll zum 1. Juli erfolgen. Lautes Klatschen begrüßte diese Nachricht und Mansdörfer freute sich.

Der Fraktionssprecher der Grünen im Brettener Rat stellte einige „Beispiele und Befunde" zur innerstädtischen Entwicklung Brettens vor. Bislang gebe es in der Altstadt nur wenige Projekte, um Altbausubstanz aufzuwerten. Nichtsdestotrotz wies Mansdörfer auf einige leuchtende Beispiele gelungener Sanierungen hin.

Ein „Megathema" und „eine Innenentwicklung der klassischen Art" sei die Neuaktivierung des alten Kaufhauses Schneider. Daneben warteten weitere historische Anwesen auf eine Lösung zur Umnutzung, etwa das leerstehende, barocke Anwesen Landmesser oder der ehemalige Pferdestall der Thurn und Taxischen Posthalterei.

Nach Ausflügen in die aktiv genutzten Außenbereiche der Brettener Kernstadt, die wünschenswerte Aufwertung innerstädtischer Grünflächen und die lahmende Innenentwicklung in den Ortsteilen standen die Redner für Fragen und Diskussionsbeiträge bereit.

Herabstufung der B 294 zur L 1103

Landtagsabgeordnete aus dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zeigte sich wohlbewandert und unterstrich ihren Vortrag mit Zahlen des Statistischen Landesamtes. Zuletzt seien in Baden-Württemberg täglich 6,7 Hektar an Fläche verbraucht, also aus einer ehemals land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung in Siedlungs- oder Verkehrsstrukturen überführt worden.

Leider gehe die Entwicklung fast ausschließlich in die eine Richtung, eine Rückführung von Siedlungs- oder Verkehrsflächen finde kaum statt. Schon Günter Oettinger (CDU) habe daher in seiner Zeit als Baden-Württembergs Ministerpräsident das „sehr ehrgeizige Ziel" ausgerufen, beim Flächenverbrauch auf Netto-Null zu kommen.

Die aktuelle baden-württembergische Landesregierung habe sich einige Gedanken gemacht, um Kommunen und Bauträgern Anreize zu einer nachhaltigeren Flächennutzung zu geben. Es seien Förderprogramme aufgelegt, Öffentlichkeitsarbeit getrieben und verschiedene Aktionen und Projekte unterstützt worden, die zum sparsamen Umgang mit Flächen aufforderten.

So würden die kommunale Innenentwicklung und die Schließung von innerörtlichen Baulücken ausdrücklich be-

STAATSSEKRETÄRIN Gisela Splett diskutierte mit den Brettener Grünen und deren Fraktionssprecher Otto Mansdörfer über ein „Umdenken beim Flächenverbrauch". Foto: mk

BNN, 11. April 2014

Stadtteiltour

nach Sprantal im Mai 2015

DAS KRASSE NEBENEINANDER von sanierten Fachwerkhäusern und leer stehenden Gebäuden nahmen die Brettener Grünen bei ihrer Stadtteilradtour in Sprantal in Augenschein. Ein Sanierungsgebiet könnte viele Eigentümer unterstützen, so die Grünen. Foto: pr

Mehr Bauplätze auf Liste ganz oben

Brettener Grünen-Fraktion auf Stadtteilradtour in Sprantal / Windenergie Thema

Bretten-Sprantal (BNN). Nach Sprantal, in Brettens kleinsten Stadtteil, führte die Stadtteilradtour der Brettener Grünen. Roland Nagel, stellvertretender Ortsvorsteher, begrüßte die Delegation und lud zu einer Führung durch die alte Dorfstraße und das Neubaugebiet ein.

Im alten Dorf fällt derzeit das krasse Nebeneinander von wunderschön sanierten Fachwerkhäusern einerseits und leer stehenden Gebäuden andererseits auf. „Ein Sanierungsgebiet - das aber vom Regierungspräsidium bislang nicht zugestanden wird - könnte die Eigentümer bei vielen Modernisierungsmaßnahmen unterstützen", betonte Fraktionsvorsitzender Otto Mansdörfer.

Roland Nagel, selbst gerade als Sanierer seines Elternhauses tätig, zeigte Optimismus: „Es kommen Maßnahmen in Gang, das Interesse an den alten Häusern nimmt - wenn auch langsam - zu". Ein Hindernis für einen Verkauf an Sanierungswillige seien oft die Erbengemeinschaften, die sich nur schwer einigen könnten. Das Sprantaler Neubaugebiet zeigte sich dagegen als florierender Siedlungsbereich. Eine Erweiterung steht ziemlich oben auf der Sprantaler Wunschliste.

Am Friedhof wies Roland Nagel auf die unzureichende Aussegnungshalle hin: „Zu klein und modernisierungsbedürftig - häufig stehen Trauergäste im Regen

und in der Kälte". Die Grünen sagten für einen Umbau ihre Unterstützung zu, andere Stadtteile seien weit voraus. Große Unterstützung bei den Grünen fand das Anliegen der Sprantaler, in die Kreisstraße an der Bushaltestelle eine Mittelinsel einzubauen, um den Verkehr zu bremsen.

Fehlende Informationen seien ein weiteres großes Problem im Stadtteil. So werde derzeit die in einem Teil des alten Dorfs der Strom erdverkabelt, ohne dass dies je mit dem Ortschaftsrat abgestimmt worden sei. Breiten Raum in der Diskussion nahm die in Sprantal vorgesehene Fläche für Windenergieanlagen ein. „Wir leben sehr gerne hier und wollen unsere wertvolle Natur so erhalten, wie sie ist", unterstrich Roger Lauw von der Bürgerinitiative. Die Energiewende werde von der Initiative keineswegs abgelehnt, auch sie wolle weg von Atom und Kohle. Harald Müller (Grüne) machte deutlich, dass die Windenergie einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende leistet. Eine Lösung wäre für Lauw in ein konzertiertes Zusammenwirken der Stadt Bretten mit Neulingen und Königsbach-Stein mit dem Ziel, einen gemeinsamen potenziellen Windstandort auszuweisen, der von allen Siedlungen möglichst 2 Kilometer weg sei. Otto Mansdörfer ging auf das derzeitige Planverfahren ein und berichtete, dass vor Herbst kein abschließendes Votum der Flugsicherung zu erwarten sei. Erst danach kämen - wenn überhaupt - weitere Verfahrensschritte mit nochmaliger Beteiligung der Bürger während der Offenlage.

BNN, 15. Mai 2015